



Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 24

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis (inkl. 1,50 pro Quartal)
Schaffung und Expedition: Hamburg 28,
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 2496.

Hamburg, den 14. Juni 1919

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

33. Jahrg.

Zur 16. Generalversammlung unseres Verbandes.

Am 16. Juni wird in Würzburg unsere 16. Generalversammlung eröffnet werden. Die alte, im schönen Maintale liegende Frankenstadt hat schon einmal, im Jahre 1900, die Vertreter unseres Verbandes beherbergt. Die damalige 8. Generalversammlung (68 Delegierte waren anwesend, davon werden 9 Kollegen wieder hier erscheinen) stand im Zeichen einer günstigen Wirtschaftskondition und leitete in der äußeren und inneren Entwicklung und Ausgestaltung des Verbandes eine neue Epoche ein. Ueber die verschiedensten Organisationsfragen hatte viele Wochen vorher ein äußerst reger Meinungsaustausch in unserer Zeitung stattgefunden, der viel zur Klärung über die einzelnen Fragen in den Mitgliederkreisen beitrug. Unter anderem hat das in Mainz beschlossene, in Würzburg weiterausgebaute Unterstützungssystem trotz so mancherlei Unfechtungen sich durchgerungen, sich als ein bewährtes Mittel zum Zweck erwiesen und den damals einsetzenden Aufstieg unserer Organisation kräftig gefördert. Daß die Kampffähigkeit unseres Verbandes und seine Schlagfertigkeit in den folgenden 14 Jahren nicht nur nicht nachgelassen, sondern sich gegenüber den vorhergehenden Jahren um das Vielfache vermehrt hat, davon zeugen unsere Lohnkämpfe und die Ergebnisse unserer Tarifpolitik.

Wie anders dagegen liegen heute die Verhältnisse? Ein furchtbarer Krieg mit all seinen entsetzlichen Folgen liegt hinter uns. Millionen Opfer modern auf den Schlachtfeldern Europas, Hunderttausende sind zu Krüppeln und Invaliden geworden, die Wäute der Volkskraft ist gebrochen, Hunger und Elend wüten seit Jahren in den Gauen Deutschlands, untergraben die Volksgesundheit; Industrie, Handel und Gewerbe, von allem Rohmaterial infolge der jahrelangen Blockade entblößt, liegen auf schwerster darnieder, und nach einem sechsmonatigen Waffenstillstand mit unerhört harten Bedingungen steht die Aussicht auf einen „Frieden“, der Deutschlands wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg unter den erblickendsten Bedingungen auf Jahrzehnte hinaus niederhält.

Unter politisch so aufs höchste gespannten, tiefsten Verhältnissen tritt in Würzburg von neuem unsere Generalversammlung zusammen, um die Rechenschaftsberichte der Verbandsinstanzen während der verflochtenen 3 Jahre entgegenzunehmen, die vorliegenden Anträge zur Erneuerung des Statuts zu prüfen und darüber zu entscheiden, welche weiteren Aufgaben unser Verband erledigen und welche Richtlinien er auf seinem ferneren Wege einhalten soll. Der außerordentliche Verbandstag 1916 in Berlin hat dazumal die Tätigkeit des Vorstandes in den ersten schwierigen Jahren des Krieges gutgeheißen. Auch von hier an hat der Vorstand seine Tätigkeit in demselben Geiste vollzogen und ausschließlich auf die Wahrung der Gesamtinteressen der Kollegenschaft gerichtet.

Die Durchführung von fünfmaligen Steuerungs-
zulagen ist der treffende Beweis dafür, daß vor allem alle Kräfte auf die bessere Gestaltung der Lohnverhältnisse im Gewerbe gerichtet waren. In Hunderten von Orten wäre ohne das Eingreifen

des Verbandes die Lebenslage der Kollegen eine trostlose gewesen. Stets hat sich aber der Vorstand auch von dem Standpunkt leiten lassen, daß neben der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen auch die Förderung der Berufsinteressen von hoher Bedeutung und großem Werte ist. Denn nur auf dem Boden einer günstigen Berufslage ist praktische, soziale Arbeit möglich, die zu leisten die Gewerkschaften berufen sind.

Erfreulich ist nach dem starken Rückgang, den unser Verband in der Kriegszeit gemacht hat, sein jetziges Vorwärtsschreiten. In den wenigen Monaten seit dem Einsetzen der Demobilisation ist er auf mehr als 35 000 Mitglieder wieder gewachsen und bildet so wieder ein wichtiges Glied in der Kette der deutschen Gewerkschaften.

Zwar ist der schriftliche Meinungsaustausch unserer Mitglieder über die Maßnahmen und Arbeiten des Vorstandes bisher kein reger gewesen; immerhin aber werden, nach einigen gestellten Anträgen zu urteilen, die Debatten in Würzburg recht lebhaft sein. Die ungeheure wirtschaftliche Not, die gesamte politische Lage, die mit eisernem Druck auf unserm Volke ruht, und die daraus resultierende Revolutionspsychologie wird dabei eine Rolle spielen. Selbstverständlich werden auch die verantwortlichen Instanzen etwaigen Vorwürfen und Kritiken mit gewichtigen Gründen entgegentreten, war doch bei all ihrem Streben und Handeln das Leitmotiv: Für die Stärkung der Organisation, für das Wohl der Mitglieder alle Kräfte einsetzen! Darum hoffen wir, daß die Kritik, mag sie noch so scharf sein, in sachlichem Rahmen bleibt und von dem Gehirnen aus geführt wird, besseres an Stelle des Bestehenden zu schaffen, um die Organisation, die sich durch die schlimmste Lage, in der sie sich je befunden, durchgerungen hat, auch fernerhin schlagfertig und wohlgerüstet zu gestalten. Eine gegenseitige kollegiale Aussprache wird immer zur Klärung und inneren Festigung des Organisationslebens führen. Jede menschliche Arbeit hat Fehler und Irrtümer an sich; aus der Erfahrung aber sollen wir lernen, unsere Zukunft besser und lichtvoller zu gestalten.

Bei der Statutenberatung werden mancherlei organisatorische Fragen zur Debatte stehen; als die wichtigste kommt die Neugestaltung unserer Unterstützungsrichtungen in Frage. Einige Anträge auf Beseitigung jeglicher Kranken- und Arbeitslosenunterstützung werden wohl nicht die Zustimmung der Generalversammlung finden; gewerkschaftliche Notwendigkeiten lassen sich nicht wieder zurückschrauben, und Aufgaben, die die Würzburger Generalversammlung von 1900 als richtig und notwendig erkannt und durchgeführt, wird die Würzburger Generalversammlung von 1919 nicht kurzer Hand gewissen augenblicklichen Stimmungen zuliebe wieder abschaffen. Die Frage, ob die Höhe der Beiträge ausreicht, allen kommenden Anforderungen zu entsprechen, wird gleichfalls gründlich zu untersuchen sein. Die Anforderungen an die Hauptkasse infolge der ungeheuren Steigerung aller Ausgaben müssen in ein harmonisches Verhältnis

zu der Einnahme gebracht werden, soll die Finanzgebarung richtig funktionieren. Der Krieg hat alle Wertverhältnisse umgeändert, der Wert des Geldes ist tief gesunken; sollen die Unterstützungen ihren Zweck erfüllen, so müssen sie auch den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden. So dürfte über die Erhöhung der Streitunterstützung keine Meinungsverschiedenheit herrschen. Den Erwerbslosen wird zurzeit aus öffentlichen Mitteln eine Unterstützung gewährt, wie sie keine berufliche Organisation ihren Mitgliedern bieten könnte. Wenn der republikanische deutsche Staat auch fernerhin jedem Arbeiter das Recht auf Arbeit und Existenzsicherheit gewährleisten will, wird doch eine Minderung in der staatlichen Arbeitslosenunterstützung wie überhaupt in der sozialen Fürsorge nicht ausbleiben, wenn ungezählte Milliarden an Kriegsschädigung aus Ausland gezahlt werden sollen, so daß einstweilen die gewerkschaftlichen Einrichtungen noch nicht abgebaut werden können.

Außer den beruflichen und organisatorischen Fragen, die hauptsächlich beim dritten Punkt der Tagesordnung zur Sprache kommen werden, sind es auch wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen, auf die noch hingewiesen werden wird. So manche andere Punkte, wie zum Beispiel die Sozialisierungsfrage, die wohl für eine Reihe bestimmter Industrie- und Erwerbszweige höchst aktuell sein mag, sind für unser angesprochenes Kleingewerbe nicht so brennend, daß bereits eine endgültige Lösung gesucht werden müßte. Ein Antrag, der verlangt, daß der bedeutungsvollen Angelegenheit näher getreten werden soll, trifft daher auch das Richtige. Wichtige Vorbereitungen sind dazu natürlich notwendig; auch andere Punkte, wie die bisher immer schwer mögliche Einsetzung von Betriebsräten und die Produktivgenossenschaftsfrage, sind im Zusammenhang damit zu prüfen. Ferner liegen auch Anträge auf Verschmelzung mit anderen Organisationen vor, die hierbei ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

Seit Bestehen unseres Verbandes ist es das erstemal, daß in der Pfingstzeit die Vertreter unserer Organisation zusammentreten, um ihre wichtigen Verbandsarbeiten zu erledigen. Möge darum auch bei ihren Beratungen und Beschlüssen der wahre Pfingstgeist vorwalten. Dann können wir mit Zuversicht hoffen, daß auch dieser Würzburger Verbandstag seine Aufgabe, wirkliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten, im Interesse unserer Mitglieder lösen wird. Gewiß, alle Wünsche, die von ihm verlangt werden, wird er nicht erfüllen, auch nicht erfüllen können, weil sie weit über seine Macht gehen. Aber gute Arbeit wird er leisten, wenn bei all seinen Beschlüssen Einsicht und Verunft als Richtschnur dienen. Immer muß unser Augenmerk auf das große Ziel gerichtet sein: die soziale und wirtschaftliche Gleichstellung der Arbeiter auf allen Gebieten durchzusetzen.

In diesem Sinne entbieten wir unsern Verbandsdelegierten

ein herzliches Willkommen!

Zu unserer Lohnbewegung.

Die weiteren zentralen Verhandlungen haben am 2. und 3. Juni im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Wie in Nr. 19 des „Veretns-Anzeiger“ bereits bekanntgegeben ist, können nach den getroffenen Vereinbarungen vom 29. April dieses Jahres die darin allgemein festgelegten Sätze von 40 und 50 % Zulage pro Stunde in all den Städten und Lohngemeinden durch örtliche Verhandlungen der Parteien unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse noch erhöht werden, wo unter anderem trotz der zentral vereinbarten Zulage immer noch eine erhebliche Spannung gegenüber andern gleichartigen Bauberufen vorhanden ist. In einer Reihe von Orten führten jedoch diese örtlichen Verhandlungen zu keinem Ergebnis, so daß unser Vorstand sich veranlaßt sah, die streikenden Fälle durch neue zentrale Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium zur Erledigung zu bringen.

Zur Entscheidung standen 11 Fälle aus dem 1. Bezirk, 7 Fälle aus dem 2. Bezirk, 28 Fälle aus dem 3. Bezirk, 18 Fälle aus dem 6. Bezirk, 12 Fälle aus dem 8. Bezirk und 8 Fälle aus dem 7. Bezirk. Nach längeren Verhandlungen konnte bis auf den 8. Bezirk zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes und den Vertretern der Gehilfenschaft kein endgültiges Resultat erzielt werden, so daß die Parteien sich einigten, daß der Vorsitzende, Landgerichtsrat Wulff, über die zu gewährende weitere Höhe der Zulage Vorschläge unterbreiten möge. Das ist geschehen. Die Vorschläge, die wir im „Veretns-Anzeiger“ nach Eintreffen der amtlichen Niederschrift veröffentlichen werden, unterliegen nunmehr der Beurteilung der örtlichen Organisationen. Diese sollen ihre Stellungnahme bis zum 20. Juni ihren Zentralstellen melden, die hierauf dem Reichsarbeitsministerium zu berichten haben.

Wie ganz anders hätte es in Deutschland kommen können?

Wer die Ereignisse der letzten Monate mit innerer Anteilnahme erlebt, wer die Entwicklung der Revolution mit offenen Augen verfolgt hat, der wird, wenn er ein Herz hat für das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse, mit tiefer Trauer und banger Besorgnis erfüllt. Das Herz dreht sich einem im Leibe um bei dem Gedanken, daß die grünen Hoffnungsstaaten der Revolution mitwillig zertrümpelt worden sind. Und es läßt sich die ernste Befürchtung nicht von der Hand weisen, daß über kurz oder lang, wenn das deutsche Proletariat durch die wahnwitzige gegenseitige Verleumdung müde und entkräftet am Boden liegt, der Kapitalismus im Wunde mit der Reaktion wieder sein Haupt erheben wird. Dann werden wir Zustände bekommen, wie wir sie noch niemals gekannt haben.

Wie hoffnungsreich und erwartungsvoll nahm die übergroße Mehrzahl des deutschen Volkes Anteil an der Revolution, die sich verhältnismäßig leicht und ohne große Opfer an Menschenleben abspielte! Nicht nur die Arbeitermassen jubelten ihr zu, auch in den Kreisen der Intellektuellen und Beamten sowie der freien Berufe war die Stimmung der Revolution günstig, und hohe Erwartungen wurden daran geknüpft. Hervorragende Gelehrte und sachkundige Praktiker stellten sich ihr zur Verfügung, um an der Durchführung des sozialdemokratischen Programms mitzuarbeiten. Nur die Kuhnischen des Kapitalismus, die Geldleute und ihre Schützlinge, standen großend beiseite, aber die gleiche Angst war ihnen ins schlotternde Gebein gefahren, weshalb sie an keinen ernstlichen Widerstand dachten. Die meiste überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stand auf dem Boden der siegreichen Revolution, und wären damals die Wahlen zu den Parlamenten vorgenommen worden, der Sozialismus hätte einen glänzenden Sieg davongetragen. Dann hätte sich die politische, wirtschaftliche und soziale Neugestaltung der Dinge in der Richtung zum Sozialismus vollziehen können, und Deutschland hätte der gesamten Kulturwelt als ein Muster vorangeleuchtet, wie der praktische Sozialismus verwirklicht werden muß. Deutschland wäre das erste Land gewesen, das der Welt den Beweis lieferte, daß der Sozialismus eine Kulturbewegung ist und daß er den Völkern das Heil bringt. Diese Tat, dieses Beispiel, hätte mehr gewirkt als alles Reden und Schreiben feiner berufenen Vorkämpfer.

Aber es ist anders gekommen, als wir erwartet und erhofft hatten, so ganz, ganz anders. Und nur mit Argwohn und Entrüstung kann man betrachten, was aus der Revolution geworden ist.

Zunächst sehen die inneren Wirren in der deutschen Arbeiterklasse mit nie geahnter Festigkeit ein und bald tritt eine Zerfahrenheit ein unter den verschiedenen Richtungen, die jede praktische Tätigkeit lähmt. Der alte Richtungsstreit zwischen Gemäßigten und Radikalen verärgerte sich zusehends und machte ein Zusammenarbeiten unmöglich. Man warf sich gegenseitig die Sünden und Reibter vor und vor so der Welt das Schauspiel eines Gezezes, das in sich selbst uneinig und deshalb zur Ohnmacht verdammt ist. Das war um so verhängnisvoller, als gerade in jener Zeit ein Zusammenrücken aller Kräfte zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles die unbedingte Voraussetzung des Erfolges war. Noch niemals, solange die Welt lebt, hat eine Klasse zu siegen vermocht, die in sich selbst zerklüftet und verfeindet war. Und auch die Gegenpartei wird den Beweis erbringen, weil die Menschen aus der Geschichte nichts lernen wollen, daß nur die Einigkeit und Geschlossenheit eines Volkes oder einer Klasse den Sieg gewährleistet. Die Gegner ziehen aus der Uneinigkeit ihre Vorteile und darum haben sie ein lebhaftes Interesse daran. Zwietsracht unter der Arbeiterklasse zu säen und das kämpfende Proletariat durch inneren Streit zu schwächen. Es kann gar keinen Zweifel unterliegen, daß sie mit Verleumdung der Revolution zuhelfen und es läßt sich auch der Verdacht nicht von der Hand weisen, daß der Bundesrat durch gegenseitiges Geld gewaschen wird.

Zu den inneren Kämpfen gesellte sich dann noch eine geradezu wahnwitzige Verschöpfungspolitik, die unersetzlichen Schaden angerichtet hat und noch heute andauert. Es drängten sich Leute in den Vordergrund, die durch ihr tolles Treiben die sozialistische Bewegung bis auf die Knochen blamierten, die alle noch unschlüssigen Personen dadurch vor den Kopf stießen, daß sie unter Anwendung von Gewalt und Zwang die Menschheit sozialistisch machen wollten, womit sie natürlich das gerade Gegenteil erreichten; die alles taten, um den neugeborenen Freunden des Sozialismus die sozialistische Weltanschauung gründlich zu vererben. Anstatt den Menschen die Freiheit zu bringen, brachten sie ihnen eine neue, viel schlimmere Knechtschaft; anstatt sie durch Beschneidung, Ueberredung und vernünftigen Anspruch für den Sozialismus zu gewinnen, suchten sie ihnen die neue Ueberzeugung durch Gummischläuche und Handgranaten einzubläuen. Was sie damit erreicht haben, wird die nächste Zukunft lehren. Schon bei den nächsten Wahlen wird es sich zeigen, daß die Politik der Putzschere und Massenstreiks, daß der Terrorismus und die Diktatur die Menschen vom Sozialismus weg- und der Reaktion in die

Was wir wollen?

- Wir wollen Gerechtigkeit und bekämpfen das Unrecht.
- Wir wollen die freie Arbeit und bekämpfen die Lohnklaverei.
- Wir wollen das Wohlergehen aller und bekämpfen das Elend.
- Wir wollen die Bildung aller und bekämpfen die Unwissenheit und Barbarei.
- Wir wollen Friede und Ordnung und bekämpfen den Völkermord, den Klassenkrieg, die gesellschaftliche Anarchie.
- Wir wollen den sozialistischen Volksstaat und bekämpfen den despotischen Klassenstaat.
- Wer das gleiche will, wer das gleiche bekämpft, der schließe sich uns an und wirke mit allen seinen Kräften für unsere Sache, für die Sache der Sozialdemokratie, für die Sache der Menschheit, auf daß der Sieg bald erungen werde!

Wilhelm Liebknecht.

Arme treibt. Wer da glaubt, daß die Menschen durch die Anwendung von Gewalt revolutionärer würden, der kennt die menschliche Natur nicht. Das Gebaren der Gewaltmenschen verfehlt die Menschen in Angst und läßt in ihnen das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung immer stärker werden. Und dies Bedürfnis ist immer der Nährboden gewesen, aus dem nach jeder Revolution die Reaktion hervorgeht.

Wenn somit alle Veranlassung gegeben ist, mit banger Sorge in die Zukunft zu blicken, so wollen wir dennoch nicht alle Hoffnung fahren lassen. Noch ist Rettung möglich, wenn die von unverantwortlichen Ratgebern irreführten Massen endlich einmal zur Vernunft zurückkehren und ihr Heil nicht in sinnlosen Streiks und rohen Gewalttätigkeiten erblicken, sondern in der Arbeit am Neuanfang unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens. Und wenn endlich einmal die Ueberzeugung sich durchringt, daß nur in der Einigkeit der Arbeiterbewegung die Möglichkeit des Sieges begründet liegt, daß aber die Weiterführung der Revolution in der bisherigen Weise Deutschland in den Abgrund führen und den Sozialismus auf Jahrzehnte hinaus totmachen muß, so vermag diese Wendung der Massenstimmung vielleicht noch unser Volk vor dem Schlimmsten zu bewahren. Andernfalls ist unser Schicksal besiegelt, und die Revolution wird den späteren Geschlechtern als ein wüster Traum erscheinen und als ein Spukgebilde des Wahnsinns.

Aus unserm Beruf.

Cassel. Am 4. Mai fanden im Fiskusgebiet 6 Versammlungen statt, in der als erster Punkt die Wahl des Delegierten vorgenommen wurde. Gewählt wurde Kollege Preuß. Als zweiter Punkt wurde der Kassen- und Geschäftsbericht vom ersten Quartal gegeben. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Filiale ganz erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen hat. Einer Gesamteinnahme von M 2352,43 stand eine Ausgabe von M 4814,88 gegenüber; mithin Kassenbestand M 4567,75, er hob sich gegen das vorige Quartal um M 2641,42. Gute Fortschritte hatten wir besonders in der Mitgliederbewegung: am Schlusse des vierten Quartals 1918 schlossen wir mit 300, am Schlusse des ersten Quartals 1919 mit 648 Mitgliedern ab. Der größte Zuwachs kam durch die Neuaufnahmen, deren Zahl 155 betrug und sich gegen das vorhergehende Quartal noch erheblich steigerte. Viele aus dem Felde zurückgekehrte Kollegen meldeten sich auf eine Aufforderung des Vorstandes zurück, doch steht noch ein erheblicher Teil aus; einige davon befinden sich noch beim Grenzschutz und viele in Gefangenschaft. Denen, die zurück sind, sich aber noch nicht gemeldet haben, muß gesagt werden, daß sie sich unherzöglich zurückzumelden haben, wenn sie nicht ihre erworbenen Mitgliedschaft und Rechte verlieren wollen. Die Zahl der Neuaufnahmen steigt ständig weiter, gegenwärtig haben wir 758 Mitglieder. Der Friedensbestand vom zweiten Quartal 1914 ist somit erheblich überschritten. Nur noch wenige Kollegen stehen uns fern, aber auch bei

denen wird und muß die Erkenntnis kommen, daß sie sich organisieren müssen. Wert müssen wir vor allen Dingen darauf legen, die Neugeborenen nun zu überzeugte Gewerkschaftsangehörigen zu machen. Vorteilhaft bei dieser Entwicklung war vor allem die äußerst günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt; nur im Anfang des Quartals war etwas Arbeitslosigkeit vorhanden, die jedoch durch sofortige Maßnahmen beider Interessenten durch Eingaben an sämtliche Behörden wegen Verwirklichung von Arbeitsstellen sofort behoben wurde. Einige Wochen hindurch herrschte sogar Arbeitermangel im Gewerbe; das kommt aber dadurch, daß viele Kollegen außer Beruf arbeiten und infolge unserer noch schlecht gestellten Löhne gar keine Lust verspüren, in den Beruf zurückzukehren, weil ihnen anderwärts bessere Bezahlung wird. Diese Tatsache hätte den Arbeitgebern bei der gegenwärtigen Lohnerhöhung zu denken geben müssen. Zu wünschen wäre, wenn diese günstige Arbeitslage anhalten würde; aber leider ist sie bedroht durch den Gewaltfrieden der Entente, der uns zweifellos große Arbeitslosigkeit bringt und uns unsere jahrzehntelange, segensreiche Gewerkschaftsbewegung lahmzulegen droht. Krank waren nur 4 pZt. der in Betracht kommenden Kollegen mit 214 Tagen, wofür M 447 Unterstützung gezahlt wurde. Zum Schluß kamen die vom Hauptvorstand gestellten Anträge zum Statut zur Beratung. Die Kollegen erkannten die außerordentliche Wichtigkeit dieser Generalversammlung an, der neuen Zeit entsprechend mußten neue Aufgaben gestellt werden, vor allem gelte es dem Wiederaufbau der Organisation, die durch den Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde; viele Anregungen und Maßnahmen würden hierbei in Erwägung zu ziehen sein. Die Hauptaufgabe liege jedoch in der Reformierung unseres Statuts, vor allem trifft dies auf die Unterstützungsbedingungen zu. Die Anträge zeigten ja eine bedeutende Verbesserung, viele Säulen werden befestigt, doch dürfte die Tagung weitere Anregungen und Verbesserungen, vor allem bei den Unterstützungsfragen, in Vorschlag bringen. Immerhin könnten nur bedeutende Verbesserungen geschaffen werden, wenn dementsprechend auch eine gesunde Beitragsleistung geschaffen und unsere Organisation auf eine gesunde finanzielle Grundlage gestellt werde. Der großen Wichtigkeit dieser bevorstehenden Arbeiten wegen wünschen die Casseler Kollegen der Generalversammlung einen guten, würdigen Verlauf und segensreiche Arbeit zum Wohle der Kollegen und der Organisation.

In zwei weiteren, am 12. und 19. Mai stattgefundenen außerordentlichen Versammlungen nahmen die Kollegen aus dem Bauberufe Stellung zur Lohnfrage. In der Versammlung am 19. Mai, die gut besucht war, protestierten die Kollegen lebhaft gegen die Ablehnung der gestellten örtlichen Forderungen, die sich mit den andern Bauarbeiterlöhnen gleichstellten und auf M 2,07 die Stunde für Kollegen unter 20 Jahren und M 2,20 für Kollegen über 20 Jahre festgesetzt waren. Die Arbeitgeber in der Kommission erkannten die Forderungen, den heutigen Verhältnissen entsprechend, als gerecht an, lebten sie aber in einer Arbeitgeberversammlung ohne jede Begründung ab und zahlten nur den zentral vereinbarten Satz von 40 %. Auf eine weitere örtliche Verständigung gingen die Arbeitgeber nicht mehr ein. Die diese soziale Rückständigkeit zeigt sich genau noch so wie vor dem Kriege, und diese sollte einem jeden Kollegen zu denken geben. Eine Resolution, die energig gegen das Verhalten und die Rückständigkeit der Arbeitgeber protestiert, wurde einstimmig angenommen. Die Kollegen erwarten nun vom Hauptvorstand, daß bei den kommenden zentralen Verhandlungen den Kollegen von Cassel ihr Recht wird.

K. P.

Eingefandt.

Konterrevolution.

Und Stürme brausen um die Wette, vom Meer aus Land, vom Land auf Meer. Es gab eine Zeit, in welcher sich die Klassenbewußten Arbeiter darin einig waren, daß es kein schandbarer System gäbe, als das militaristische Gezezes. Nicht nur die breite Masse der Arbeiterschaft stand auf diesem Standpunkt, auch die Führer konnten keine abweichende Meinung. Aus tiefster Ueberzeugung heraus wurden Reden gehalten und Bücher geschrieben, um die fürchterlichen Schäden zu schildern, die dem Volkstörper und der Volkseele zugefügt wurden. In der ganzen Welt verhaßt und in Deutschland selbst tief gesüßet und verflucht, hat die Soldateska jahrzehntelang eine unbegrenzte Macht ausgeübt. Den fürchterlichen Krieg hat diese brutale Clique vorbereitet, seinen Ausbruch verschuldet und an der Verlängerung des Krieges tatkräftig gearbeitet. Das System hat die Volksmoral auf den tiefsten Stand herabgedrückt. Ueberall herrscht Verleumdung und Betrug; jeder trachtet, sich auf Kosten der notleidenden Mitmenschen zu bereichern. In höchster Blüte steht das Bucher- und Schieberssystem. Unter dem Schutze der Hydra preussischer Militaristen werden die schmutzigsten Geschäfte gemacht. Dann kam der 8. November 1918. Das infolge seiner systematischen inneren Verderbnis morsche Gebäude stürzte zusammen. Jäh aus seinen Weltmachtsträumen gerissen, mußte Deutschland kapitulieren. Der Größenwahn einer perversen Kamarilla hat das größte Unglück, die völlige wirtschaftliche Niederlage und den Bankrott Deutschlands, herbeigeführt. Wir deutschen Arbeiter amelten auf. Dieser unersättliche Moloch lag endlich am Boden. Gänzlich zerschmettert, so glaubten wir, glaubte die Welt. Doch wir alle haben die Rechnung ohne einen wichtigen Faktor gemacht. Dem deutschen Arbeiter ist das Knechtschaftsgefühl in all den Jahrhunderten dermaßen eingepflanzelt, daß ihm allein schon der Gedanke lebiger der drückenden Sklavensessel, unerträglich erschien. Die deutschen Arbeiter mußten eine Krute haben, sie brauchten Sklavenhalter und Schindertnechte, viel nötiger als Brot und Fett. Eine Mauer mußte errichtet werden gegen den abscheulichen Bolschewismus. Diese furchtbare „Krankheit“, die, von Osten kommend, sich über Deutschland nach dem Westen ergießen wollte, mußte im Keime erstickt werden. Die Schindertnechte waren ja noch in voller Tätigkeit, sie mußten doch die Demobilisation leiten. In Wirklichkeit bauten sie auf den „alten“ Geist, sie machten es wahr, was einst ein Wilhelm II. sagte: „Ihr müßt gebeneden“

falls auf Vater und Mutter schießen.“ Die Genfer der Freiheit im Osten wurden zu Genfern für ihre Arbeitsbrüder.

Zu all diesen Untaten haben willig einige aus der modernen Arbeiterbewegung hervorgegangene Leute ihren Namen her. Wenn diese Ereignisse, die sich seit den Novembertagen abspielten, nicht so tragisch wären und wir sie nicht als erlebt hätten, würden wir glauben, es sei ein Spott, zu stehen im Gehirn eines Irren. Arbeiterführer als Genfer, „Insoche“ der Freiheit! In Deutschland artet alles aus. Wir erhofften die Erlösung von der Weltrevolution. Nun gibt es nur noch zwei Wege: Ludendorff oder Spartakus. Nun, Arbeiter, wählt!

Und Stürme brausen um die Wette,
Vom Meer auf Land, vom Land auf Meer.

G. Stupin.

Gewerkschaftliches.

36hnter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands

Montag, den 30. Juni 1919, in Nürnberg im Saalbau des Industrie- und Kulturvereins, Frauengrotengraben 49.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehn:
1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate). 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: G. Legien, Berlin. 3. Mitteilungen für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. Berichterstatter: Th. Leipart, Berlin. 4. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Berichterstatter: H. Cohen, Berlin. 5. Die Satzungen des „Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes“. Berichterstatter: Th. Leipart, Berlin. 6. Gewerkschaftliche Interdisziplinäre. Berichterstatter: J. Sassenbach, Berlin. 7. Die Sozialisierung der Industrie. Berichterstatter: W. Umbreit, Berlin. 8. Landwirtschaftliche Produktion und Anstellung. Berichterstatter: G. Schmidt, Berlin. 9. Regelung des Lehrlingswesens. Berichterstatter: J. Sassenbach, Berlin. 10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Der Kongress wird am 30. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 5. Juli tagen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, G. Legien, SO 18, Engelshof 15.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:
G. Böhl, Breite Gasse 25/27, Nürnberg.

Jahresbericht der Generalkommission für 1918.

Aus dem Bericht der Generalkommission für 1918 ist zu entnehmen, daß durch den Zusammenbruch Deutschlands verschiedene Arbeiten und Beschlüsse nur historische Bedeutung haben. An den Vorarbeiten für die Demobilisierung hat die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war. Die verschiedenen Ämter in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander, und die Gefahr bestand, daß bei der von der Entente bewilligten kurzen Frist der Demobilisierung eine Katastrophe hereinbrechen könnte. Auf Anregung von Unternehmern wurde eine Vereinbarung seitens der Generalkommission abgeschlossen, der die Konferenz der Vorstandsvertreter am 1. November 1918 zustimmte; diese Vereinbarung regelte das einheitliche Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in allen Fragen der Demobilisierung und der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Sie forderte von der Reichsregierung, die Einrichtung einer Demobilisierungsbehörde als selbständiges Reichsamt, für deren Tätigkeit sie die näheren Grundsätze aufstellte. Als diese Vereinbarung am 5. November dem Reichskanzler in einer Sitzung vorgetragen wurde, erhob die Regierung die größten Bedenken, und es bedurfte des Witzmats durch den Vorsitzenden der Generalkommission, um der Regierung das nötige Verständnis für den Ernst der Situation beizubringen. Die Sitzung verlief ohne Ergebnis, aber schon am nächsten Tage hatte der Reichschahssekretär eine weitere Sitzung mit Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter veranstaltet, in der es zu einer Einigung mit der Regierung kam. Das Demobilisierungsamt wurde sofort geschaffen, und der mit ausreichenden Vollmachten als Staatssekretär berufene Dr. Roeth bemühte sich sofort, die Verständigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über ein einheitliches Handeln herbeizuführen. Die hierzu nötige Organisation entstand in der Arbeitsgemeinschaft, aber doch nicht rechtzeitig genug, und sie ist auch bis heute noch nicht so ausgebaut, um sich wirksam in der Demobilisierung zu betätigen. Freilich war auch die Situation, die durch die Bedingungen des Waffenstillstandes entstanden war, außerordentlich schwierig. Das Demobilisierungsamt hat zwar eine Anzahl wertvoller Verordnungen erlassen, aber den Plan, die entlassenen Truppen den geeigneten Arbeitsplätzen zuzuführen und die vorhandenen Rohstoffe entsprechend zu verteilen, konnte es nicht zur Ausführung bringen. Ein Hindernis boten dabei noch andere Kriegsamter, die ihr Fortbestehen und bisheriges Wirken für notwendig hielten. Das Demobilisierungsamt soll jetzt seine Tätigkeit einstellen. Von der Arbeitsgemeinschaft war je ein Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter zur ständigen Mitarbeit in das Demobilisierungsamt berufen.

Die Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands wurde am 4. Dezember 1918 gegründet, nachdem schon Ende Dezember 1917 und Januar 1918 die ersten Besprechungen stattgefunden hatten. In einer Sitzung am 2. Oktober 1918 wurde von beiden Seiten die Auffassung vertreten, daß ohne Rücksicht auf den Ausgang des Krieges die Gewerkschaften nach Friedensschluß so ungünstig sein würden, daß die Arbeiter nur beim Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vor schweren Schädigungen bewahrt werden könne. Am 22. Oktober 1918 fand eine weitere Besprechung im größeren Kreise statt, und in einer Sitzung vom 7. November 1918 konnte bereits der Entwurf zu einer Vereinbarung in Auftrag gegeben werden. Die Vereinbarung kam am 15. November zustande. Aus dieser Vereinbarung ging dann am 4. Dezember die Arbeits-

gemeinschaft hervor mit der Aufgabe, die Vereinbarung durchzuführen. Der Ausbau der Arbeitsgemeinschaft sei nicht in dem Maße vorwärts gegangen, wie es für die Demobilisierung notwendig gewesen wäre. Von Seiten der Gewerkschaften wurde zunächst Schlichte als Geschäftsführer in die Arbeitsgemeinschaft delegiert, dessen Nachfolger der Genosse H. Cohen am 2. Februar 1919 wurde.

In eingehender Weise beschäftigt sich der Bericht dann mit der Frage des Ausbaues der Arbeiterräte. Die Differenzen in der Arbeiterrätefrage in Braunschweig wurden am 4. November 1918 durch eine Verständigung beigelegt. Das Bezirkssekretariat ist bereits seit Ende Dezember mit dem Arbeiterräteamt vereinigt worden.

Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Regierung hat ebenfalls zugesagt, daß Vertreter der Gewerkschaften zur Friedenskonferenz berufen werden sollen. Der Vorsitzende der Generalkommission wurde bereits im Dezember 1918 zu den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission in Spaa hinzugezogen.

Zu der internationalen Konferenz am 3. Februar 1919 in Bern entsandte die Generalkommission 3 Vertreter, die gleichzeitig an der dort tagenden internationalen Gewerkschaftskonferenz teilnahmen. Diese Gewerkschaftskonferenz beschäftigte sich mit den gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag und mit dem Völkerverbund; sie verlief durchaus harmonisch.

Der Bericht erwähnt die Berufung des 2. Vorsitzenden der Generalkommission zum Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes und die Berufung des Genossen Robert Schmidt zum Unterstaatssekretär des Reichs Ernährungsamtes am 8. Oktober 1918. Ebenso werden einige weitere Personalveränderungen und das Ausscheiden Wissels aus dem Bureau der Generalkommission mitgeteilt.

Der Kassenbericht weist eine Gesamteinnahme von M. 704 101,84 und eine Gesamtausgabe von M. 689 616,16 auf. Die Einnahme übersteigt die Ausgabe um M. 21 485,68, so daß das Vermögen sich auf M. 245 688,18 erhöht hat. Von den Ausgaben nennen wir folgende Zahlen: Verwaltung M. 68 267,44, Bibliothek M. 2686,84, Drucksachen M. 19 777,55, Kongresse und Konferenzen M. 26 589,01, Agitation M. 287 482,76, Verlag M. 20 071,88, Korrespondenzblatt M. 88 194,72, Gewerkschaftliche Frauenzeitung M. 141 114, „Operatio Italiano“ M. 1800, „Oswiata“ M. 14 968, Zentralarbeitersekretariat M. 81 741,67, Sozialpolitische Abhandlung M. 26 691,01. 11 Bezirkssekretariate und 54 Arbeitersekretariate erhielten laufende Zuschüsse.

Das „Korrespondenzblatt“ mußte sich auch im vorigen Jahre infolge des Papiermangels mit einem erheblich eingeschränkten Umfange begnügen, so daß es der Redaktion unter diesen Zwangsverhältnissen recht schwer war, den Ansprüchen auf Raum gerecht zu werden. Sie mußte sich in erster Linie den sozialpolitischen Aufgaben der Kriegs- und Uebergangswirtschaft zuwenden, hat aber auch die eigentlichen gewerkschaftlichen Probleme nicht vernachlässigt.

Das polnische Blatt „Oswiata“ ist mit Ausnahme der beiden Monate August-September regelmäßig vierzehntägig in einer durchschnittlichen Auflage von 8975 Exemplaren erschienen. Die Auflage ist gegenüber dem Vorjahre um 8975 Exemplare gestiegen.

Die Generalkommission hat im Berichtsjahre 14 verschiedene Schriften herausgegeben, beziehungsweise zum ermäßigten Preis für die Gewerkschaften vermittelt.

Das Arbeiterinnensekretariat hat auch im Berichtsjahre die Redaktion der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ besorgt, deren Auflage auf über 260 000 Exemplare gestiegen ist. Im übrigen ist die Tätigkeit des Sekretariats die gleiche geblieben wie in den vorigen Kriegsjahren.

Ueber die Tätigkeit der Sozialpolitischen Abteilung wird berichtet, daß zu Beginn des Jahres 1918 der Kampf um eine Reform und eine Erweiterung der Gewerbeaufsicht durch Anstellung von Arbeiterkontrolloren bei der Gewerbeinspektion und den gewerblichen Berufsvereinigungen in den Vordergrund trat. Neben der Kampagne in der Presse wurden in dieser Sache Eingaben an das Ministerium des Innern, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und das Ministerium für Handel und Gewerbe in Preußen, sowie an den Reichskanzler, an das Reichswirtschaftsamt und an den Reichskommissar für Wohnungswesen gemacht.

Das Zentralarbeitersekretariat erhielt 600 Sachen, gegen 587 im Jahre vorher. Sie betrafen Unfallversicherung in 478 Fällen, Invalidenversicherung 58, Krankentafel-sachen 14, Knappschaftsversicherung 7, Kriegsfragen 26, Zivilsachen in 18 Fällen. Außerdem mußte im Berichtsjahre Auskunft auf 1632 Anfragen gegeben werden in Sachen, die mit den schwebenden Streitfällen nicht in Zusammenhang standen.

Der Bergarbeiterverband im Jahre 1918.

Der Bergarbeiterverband veröffentlicht in der Nr. 22 der „Bergarbeiter-Zeitung“ die Jahresabrechnung über 1918. Es sei daraus folgendes erwähnt: An Eintrittsgeldern wurden M. 110 838,90 (M. 28 778 1917) bereinnahmt, während die Mitgliederbeiträge M. 4 395 643,13 gegenüber M. 1 780 549,50 betragen. Die Ausgabeposten sehen sich folgendermaßen zusammen: An Unterstützung für Kranke M. 449 101,55, Sterbefälle M. 167 956,86, Gemahregelte M. 785,94, Arbeitslose M. 2692,30, Notfälle M. 570, Kriegsunterstützung M. 47 802,24, Reiseschub, Gerichtslosten usw. M. 95 206,59, zusammen M. 770 505,28. Ferner wurden für das Verbandsorgan und Drucksachen M. 324 127,28, für Agitation M. 201 808,47 und für die Verwaltung, einschließlich Versicherungsbeiträge, M. 114 492,24 verausgabt. Der Vermögensbestand in der Hauptklasse betrug am Jahreschlusse M. 7 268 844,84 gegenüber M. 4 705 612,98 im Vorjahre. Es ist also eine Vermögenssteigerung von M. 2 563 232 zu verzeichnen.

Aus dem der Generalversammlung vorgelegten Geschäftsbericht über die letzten sechs Jahre geht auch hervor, daß die Mitgliederbewegung eine günstige ist. Diese betrug im zweiten Vierteljahr 1914 101 956 und sank durch die Einwirkungen des Krieges auf 16 371 am Schlusse des Jahres 1915. Von da an stieg die Mitgliederzahl stetig und fast sprunghaft, um am Jahreschlusse 1918 auf 326 747 zu kommen. Auch das erste Vierteljahr 1919 brachte eine weitere Steigerung, denn es wurden am 31. März 1919 422 610 Mitglieder gezählt. Die Steigerung würde noch

eine größere sein, wenn im Ruhrgebiet und auch andern Gebieten die Zerplitterungsbestrebungen der Sportisten und Syndikalisten nicht eingeleitet hätten. Viele Leute haben es ja darauf abgesehen, den Bergarbeiterverband zu zerstückeln. Bei ihrem Vorgehen sagen sie, daß sie eine einheitliche Bergarbeiterorganisation schaffen wollen. Dabei sehen diese Leute gar nicht, daß sie durch ihr verbrecherisches Vorgehen den Gewinn der einheitlichen Bergarbeiterorganisation in die Hände arbeiten. Aus den umfangreichen Berichten, die der Verbandsvorstand der am 16. Juni in Bielefeld zusammentretenden Generalversammlung vorlegt, geht zweifellos hervor, daß der Verband eine legendäre Tätigkeit für die Interessen der Bergleute entfaltet. Die Generalversammlung hat äußerst wichtige Arbeit zu leisten. Die Zahlstellen haben nicht weniger als 910 Anträge, die in 538 Anträgen zusammengefaßt werden konnten, gestellt. Hoffentlich tragen die Verhandlungen der Generalversammlung dazu bei, daß der Aufschwung des Verbandes anhält und die Organisation dadurch in die Lage versetzt wird, den großen Aufgaben, die in der Zukunft zu lösen sind, auch gewachsen zu sein.

Erziehung und Gewerkschaftskampf.

Der werdende Mensch macht im Mutterleibe bekanntlich in einem obgenannten Verfahren die Entwicklung noch einmal durch, die der Mensch in seiner Stammesgeschichte gegangen, und auch der geborene Mensch, das Kind, erinnert in seinen Entwicklungsjahren so vielfach an jene Stufen, auf denen der primitive Mensch einmal gestanden hat. So manche Charaktereigenschaften, so wie aus der blinden Abenteuerlust Unternehmungsgeist und aus dem Troke und dem Egoismus ein starker Charakter wird.

Stiergäbe bedarf es aber der Erziehung. Geht diese, wie bei Abertausenden in der Kriegszeit, so verwildert die Jugend, die jüngere, die ältere, und es wird möglich, daß 1917 177 000 Strafverfügungen gegen Jugendliche bis zu 18 Jahren schweben gegen 51 000 drei Jahre zuvor. Zur Erziehung aber gehört Zeit und Ruhe, und diese hat der Mensch nur dann, wenn die Arbeit nicht den größten Teil des Tages einnimmt, wie es bisher fast beim ganzen werktätigen Volke der Fall war. Der Achtstundentag bedeutet darum Erziehung und Bildung, sittliche und geistige Kultur.

Wie viele von denen, die heute hinter eisernen Gittern von Freiheit träumen, sind verurteilt worden zu ihrem Jammerdasein, weil die Ueberarbeit das Leben füllte, weil nichts als Arbeit möglich war und nochmals Arbeit, nichts als Ausnutzung. Die sittliche Kultur gedeiht nie in einem Wirtschaftszustande der Ausbeutung. Und die Ausbeutung ist es, die wir stets bekämpfen und gegen die wir heute allem schaffenden Volke ein dauernder Schutz und Schutz sind.

Darum muß aber auch jeder, der sittliches Empfinden in seiner Brust trägt, mit seinem ganzen Herzen in unseren Reihen stehen. Nur der Triumph unserer Kampfsidee birgt in sich die Voraussetzung zur freien Entwicklung der geistigen und seelischen Menschheitskultur.

Sozialpolitisches.

Vergendete Kräfte. „Wirtschaftlich betrachtet, ist die Welt, in höherem Maße die Nationen, eine Vereinigung Schaffender; wer Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmittel vergeudet, beraubt die Gemeinschaft. Verbrauch ist nicht Privatsache, sondern Sache der Gemeinschaft, Sache des Staates, der Sittlichkeit und Menschheit.“ In diesen Worten Rathenaus kommen Gedanken zum Ausdruck, die tausendmal und öfter durch die Organe der Konsumgenossenschaftsbewegung in die Köpfe der Zeitgenossen, hier als Verbraucher genommen, zu hämmern versucht wurden. Nicht ohne Erfolg. Mehr als 2 Millionen deutscher Verbraucher wissen heute, daß der Verbrauch von Lebensgütern eine Angelegenheit der Allgemeinheit ist und daß jede Vergeudung von Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmitteln ein Raub an der Gemeinschaft der Volksgenossen ist. Diese Wahrheit müßte die Menschen heute mehr als je in ihren Bann zwingen. Heute, wo wir Deutschen als Volk ganz elend verarmt sind, ist Verschwendung des teuersten Nationalguts, der Arbeit, unfähbare Schuld.

Man kann nun nicht sagen, daß die Erkenntnis dieser Wahrheit in jenem Tempo vor sich geht, das die wirtschaftliche Not unseres Volkes verlangt. Noch wissen Millionen von Menschen nicht, wie kurzfristig, wie einsichtslos sie sich gegenüber den strengen Geboten der Zeit verhalten. „Verbrauch ist nicht Privatsache sondern Sache der Gemeinschaft!“ Dieser Ruf, so eindringlich er von allen Ecken und Enden unseres zusammengebrochenen Wirtschaftslebens aus erschallt, scheint für manche Ohren noch nicht deutlich genug zu erklingen. Diesen Ohren ist eine Sprache, die von Pflichten gegenüber der Gemeinschaft redet, nicht angenehm. Die zärtliche Sorge um das eigene Wohl weist dem Gedanken, wie denn dabei das Wohl der Gemeinschaft gewahrt bleibe, brutal die Tür. Mögen nun aber auch die geborenen Selbstsüchtlinge unbeschwerter sein, in ihrem Gefolge befinden sich aber noch genug Volksgenossen, deren Umkehr vom falschen Wege nur durch ihre wirtschaftlichen Scheuklappen verhindert wird. Diese Scheuklappen gilt es zu beseitigen. Es winkt dabei doppelter Gewinn. Es darf auch nicht die unscheinbarste Menge Arbeitskraft in irgendeiner Form ohne wirtschaftlichen Nutzen verausgabt werden. Was man wirtschaftlich auf kurzem Wege erreichen kann, soll man auf längerem Wege nicht bewerkstelligen wollen. Man bedenke: Verschwendung von Arbeit und Zeit ist Schädigung der Allgemeinheit.

Der Verbrauch ist Sache der Gemeinschaft! Nun richte man sich aber auch nach dieser Erkenntnis und beginne damit, die einfachste Verbraucherhandlung zu einer Sache der Gemeinschaft zu machen. Das geschieht, indem man mit feinesäulichen, mit andern Verbrauchern, gemeinschaftlich den Verbrauch reagiert. Die bisherige Reglosigkeit in der Versorgung der Verbraucher war eine maßlose Verschwendung wirtschaftlicher Werte. Was früher Gedankenlosigkeit und Leichtsinns hieß, ist heute Verbrechen an der Allgemeinheit, das zu verhüten höchste sittliche Forderung im Dienste der Gemeinschaft ist. Hier gehen

we Kollaboration auf höchsten wirtschaftlichen Nutzen und ...

Sozialisierung des Baugewerbes. Wie wir bereits kurz ...

Der Verbandstag des Deutschen Bauernvereins ...

Der Verbandstag fordert vom Reich, von den Einzel- ...

Angeforderte fördert der Verbandstag die möglichst ...

Soweit die Baustoffindustrie zur Verstaatlichung oder ...

Der Verbandstag weiß, daß die Verstaatlichung und ...

Der Verbandstag überträgt den Vorstandsvorstand ...

Genossenschaftliches.

Ueber die Mitwirkung der Betriebsräte in den ...

So wie die Eisenbahnen nicht für die Eisenbahner da ...

Ueber die Mitwirkung der Betriebsräte in den Konsumgenossenschaften äußert sich „Der Konsumverein“ ...

Interessen der Allgemeinheit etwa durch eigennützige Re- ...

Im Ausland.

Schwed. Ueber die Tarif- und Lohnbewegungen im ...

Verschiedenes.

Arbeitsdisziplin in der russischen Republik. Die ...

Viele Genossen, Arbeiter und Angestellte unserer Fabrik ...

Dst werden die Vorschriften über die Arbeitsdisziplin, ...

Um dieses zu erreichen und die üblichen Beschuldigungen ...

Hiermit verkünden wir, daß künftighin jeder Arbeiter und ...

Überdies werden Arbeiter und Angestellte, welche sich ...

Wir hoffen, daß die reifen Arbeiter in diesem Sinne auf ...

Fachliteratur.

Blätter für den Malerlehrling bestellt sich eine de ...

Literaturbes.

Otto Bauer, „Der Weg zum Sozialismus“, 2. Aufl. ...

Unter den zahlreichen Broschüren zum Thema Sozial- ...

„Die Lösung der sozialen Frage durch die Schul- ...

Vom 15. bis 21. Juni ist die 25. Beitragswoche.

Nr. 22 des „Correspondenzblattes“ liegt heute bei.

Gründliche Ausbildung zum Geschäftsführer und Buchhalter im Malergeschäft ...

Streichbürsten Pinsel aller Art in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert H. W. Witte, Berlin NO 18, Gbinger Straße 84.

Delfarbe, Delweiß, Diamantweiß, Zinkweiß, Lithopone, Deckweiß, Emaillelack, Sikkativ, Möbel-, Copal-, Spiritus-, Fußbodenlack, Terpentin- und Firnisersatz, Tapeten- und Malerleim, E. Schuster, Bauken.

Commandantenweiß, angetrieben, leicht, Ertrag für Delbleiweiß, liefert in vorzüglicher Qualität ...